

# **Gemeinde Mittenaar**

**Bebauungsplan  
„Erweiterung der Kläranlage  
„Oberes Aartal““  
Gemarkung Offenbach**

**Umweltbezogene Stellungnahmen**

Regierungspräsidium Gießen • Postfach 10 08 51 • 35338 Gießen

Ingenieurbüro Zillinger  
Weimarer Straße 1

35396 Gießen

Geschäftszeichen: RPGE-31-61a0100/87-2014/18  
Dokument Nr.: 2024/297535

Bearbeiter/in: Astrid Josupeit  
Telefon: +49 641 303-2352  
Telefax: +49 641 303-2197  
E-Mail: astrid.josupeit@rpgi.hessen.de  
Ihr Zeichen: IZ-2025  
Ihre Nachricht vom: 19.01.2024

Datum: 29. Februar 2024



**Bauleitplanung der Gemeinde Mittenaar**  
**hier: Bebauungsplan „Erweiterung der Kläranlage Oberes Aartal“ in der**  
**Gemarkung Offenbach**

**Verfahren nach § 4(1) BauGB**

**Ihr Schreiben vom 19.01.2024, hier eingegangen am 23.01.2024**

Sehr geehrte Damen und Herren,

aus Sicht der von mir zu vertretenden Belange nehme ich zur o. g. Bauleitplanung wie folgt Stellung:

**Obere Landesplanungsbehörde**

**Bearbeiterin: Frau Bernhardt, Dez. 31, Tel. 0641/303-2428**

Mit der vorliegenden Planung sollen durch Festsetzung von Flächen für die Abwasserbeseitigung die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Erweiterung der Kläranlage des Abwasserverbands Oberes Aartal geschaffen werden. Der geplante Geltungsbereich im Umfang von ca. 2 ha ist im gültigen Regionalplan Mittelhessen (RPM) 2010 als *Vorbehaltsgebiet (VBG) für Landwirtschaft* festgelegt, vollständig überlagert durch ein *VBG für besondere Klimafunktionen*; der südliche Teilbereich (bestehendes Belebungsbecken bzw. Nachklärbecken) befindet sich innerhalb des festgestellten Überschwemmungsgebiets der Aar und ist daher als *Vorranggebiet (VRG) für vorbeugenden Hochwasserschutz* ausgewiesen. Für die Erweiterungsflächen legt der RPM 2010 zudem ein *VRG für Natur und Landschaft* fest (FFH-Gebiet „Grünlandkomplex von Herbornseelbach bis Ballersbach und Araue“).

Hausanschrift:  
35390 Gießen • Landgraf-Philipp-Platz 1 – 7  
Postanschrift:  
35338 Gießen • Postfach 10 08 51  
Telefonzentrale: 0641 303-0  
Zentrales Telefax: 0641 303-2197  
Zentrale E-Mail: poststelle@rpgi.hessen.de  
Internet: <http://www.rp-giessen.de>

Servicezeiten:  
Mo. - Do. 08:00 - 16:30 Uhr  
Freitag 08:00 - 15:00 Uhr  
oder nach Vereinbarung

Die telefonische Vereinbarung eines persönlichen Gesprächstermins wird empfohlen.

Fristenbriefkasten:  
35390 Gießen  
Landgraf-Philipp-Platz 1 – 7



Die diesbezüglichen Ausführungen in den Planunterlagen sind unvollständig und im weiteren Verfahren entsprechend zu ergänzen.

Gemäß Ziel 6.1.1-1 des RPM 2010 sind die *VRG für Natur und Landschaft* als wesentliche Bestandteile eines überörtlichen Biotopverbundsystems zu sichern und zu entwickeln. Die gebietsspezifischen Schutzziele von Naturschutz und Landschaftspflege haben hier Vorrang vor entgegenstehenden Nutzungsansprüchen, Planungen und Maßnahmen. Die *VRG für Natur und Landschaft* sind vor Beeinträchtigung dauerhaft zu sichern.

Eine FFH-Vorprüfung ist den Planunterlagen beigelegt; diese kommt zu dem Ergebnis, dass insbesondere aufgrund der Vorbelastung des Bodens durch intensive Beweidung (Jungbullen) und „nach derzeitigem Kenntnisstand der technischen Planung“ kein Erhaltungsziel des FFH-Gebiets direkt oder indirekt von der Erweiterung der Kläranlage betroffen sei.

Im Biotop- bzw. Artenschutzgutachten wird ausgeführt, dass dem Vorhaben keine artenschutzrechtlichen Belange entgegenstehen, sofern die dort beschriebenen Vermeidungsmaßnahmen durchgeführt werden.

Das *VRG für den vorbeugenden Hochwasserschutz* umfasst den südlichen Teil der bereits bestehenden Kläranlage, laut Planunterlagen liegen die Erweiterungsflächen außerhalb des Überschwemmungsgebiets.

Grundsätzlich soll in den *VBG für Landwirtschaft* die Offenhaltung der Landschaft durch landwirtschaftliche Bewirtschaftung gesichert werden (vgl. Grundsatz 6.3-2 des RPM 2010). Eine Flächeninanspruchnahme von bis zu 5 ha ist u. a. bei der Errichtung baulicher Anlagen für privilegierte Vorhaben im Außenbereich möglich (vgl. Ziel 6.3.3 RPM 2010). Insofern steht dieses Ziel der Erweiterung der bestehenden Kläranlage grundsätzlich nicht entgegen. Voraussetzung für die Inanspruchnahme ist jedoch, dass in der Abwägung dem Erhalt einer landwirtschaftlichen Nutzung ein besonderes Gewicht beigemessen wird. In den Planunterlagen wird sich damit allerdings nicht auseinandergesetzt, dies ist im weiteren Verfahren nachzuholen.

Auch die Klimabelange werden in den Planunterlagen nicht gewürdigt und sind im weiteren Verfahren entsprechend aufzugreifen.

Insgesamt ist anhand der vorliegenden Planunterlagen eine abschließende raumordnerische Beurteilung noch nicht möglich. Die Planunterlagen sind zu überarbeiten und um die bereits angesprochenen Aspekte zu ergänzen. Darüber hinaus ist insbesondere das Vorhaben näher zu erläutern. Aus den Planunterlagen geht derzeit z. B. nicht hervor, wo welche (baulichen) Erweiterungen vorgenommen werden sollen (Abb. 1 bezieht sich auf einen Stand aus 2020 mit offenkundig anderer Geltungsbereichsabgrenzung), ob und ggf. wo (und in welcher Form) Photovoltaikanlagen errichtet werden (siehe textliche Festsetzungen) oder an welcher Stelle der Geltungsbereich entlang der Bundes-/Kreisstraße aufgrund des Flurbereinigungsverfahrens zurückgenommen wurde (siehe Seite 17 der Begründung).

In diesem Zusammenhang ist auch darzulegen, inwiefern eine Erweiterung im Umfang von ca. 1 ha und damit etwa eine Verdoppelung der bisher für die Kläranlage genutzten Fläche erforderlich ist.

## **Grundwasser, Wasserversorgung**

**Bearbeiterin: Frau Zalzadeh, Dez. 41.1, Tel. 0641/303-4147**

### 1. Bedarfsermittlung, Deckungs- und Wassersparnachweis

Bitte legen Sie für das geplante Gebiet dar, wie die öffentliche Wasserversorgung sichergestellt werden kann. Der gesamte Wasserbedarf (Trink-, Betriebs-, Löschwasser) ist hierzu unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung und des Klimawandels zu ermitteln (Jahresmenge und Tagesspitzenbedarf). Bei der Bedarfsermittlung ist bereits auf eine sparsame, rationelle Wasserverwendung zu achten. Es ist frühzeitig der Nachweis zu erbringen, dass der gesamte Wasserbedarf des Baugebiets, insbesondere auch in längeren Trockenperioden und im Brandfall, durch den zuständigen Wasserversorger gedeckt werden kann. Es ist nachzuweisen, dass die vorhandenen technischen Anlagen zur Trinkwasserversorgung zur Versorgung des Plangebietes ausreichend dimensioniert sind (z.B. Zustand der Technik, Leitungsdimensionierung, Auslegung der Gewinnungs-, Aufbereitungs- und Speicheranlagen).

Es ist eine Gegenüberstellung der gültigen Wasserrechte mit den Fördermengen der letzten 5 Jahre vorzulegen. Zusätzlich sind die zukünftigen Fördermengen auch unter Berücksichtigung des Klimawandels und eines damit evtl. verbundenen geringeren nutzbaren Wasserdargebotes zu prognostizieren. Bei Fremdbezug von Trinkwasser ist die aktuelle Situation des Fremdversorgers zu berücksichtigen (Abgleich der verfügbaren Liefermengen mit den tatsächlichen Abnahmemengen). Es ist darzulegen welche Maßnahmen im Falle einer Wassermangelsituation ergriffen werden. Hinweis: Muster-Gefahrenabwehrverordnung Trinkwasser

(<https://umwelt.hessen.de/sites/umwelt.hessen.de/files/2023-07/muster-gefahrenabwehrverordnung.pdf>), Wasserampel.

### 2. Lage des Vorhabens im Verhältnis zu Festsetzungen zum Grundwasserschutz

Gegen das geplante Vorhaben bestehen aus Sicht der von mir zu vertretenen Belange keine Bedenken. Das Plangebiet befindet sich außerhalb eines amtlich festgesetzten Wasserschutzgebietes.

### 3. Verminderung der Grundwasserneubildung

Es ist darzulegen, welchen Einfluss das Vorhaben auf die Grundwasserneubildung hat und welche Maßnahmen vorgesehen sind, um eine Verringerung der Grundwasserneubildung so gering wie möglich zu halten.

### 4. Erforderlichkeit wasserrechtlicher Anzeigen oder Zulassungen

Sofern für das Vorhaben eine Grundwasserhaltung erforderlich wird, oder durch die Tiefbauarbeiten ein Aufstauen, Absenken und Umleiten des Grundwassers bewirkt wird, ist hierfür ggf. eine wasserrechtliche Erlaubnis durch die zuständige Wasserbehörde erforderlich.

Sofern im Rahmen der Verwirklichung des Planes Erdaufschlüsse hergestellt werden, die sich unmittelbar oder mittelbar auf die Bewegung, die Höhe oder die Beschaffenheit des Grundwassers auswirken können, ist die Anzeigepflicht nach § 49 Abs. 1 WHG zu beachten.

Sofern im Rahmen der Verwirklichung des Planes Grundwasser unbeabsichtigt erschlossen wird, ist dies der zuständigen Behörde gemäß § 49 Abs. 2 WHG unverzüglich anzuzeigen.

Sofern im Rahmen der Verwirklichung des Planes Tiefeneingriffe vorgesehen werden (insb. geothermische Anlagen), so kann hierfür ggf. ebenfalls eine wasserrechtliche Erlaubnis durch die zuständige Wasserbehörde erforderlich sein.

Ich bitte Sie diese Aspekte als Hinweise in den Textteil des Bebauungsplans aufzunehmen.

#### 5. UVP

In der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB ist auf das Umweltmerkmal Grundwasser angemessen einzugehen: Beschreibung und Bewertung des Bestands (z.B. Grundwasserflurabstände, Grundwasserneubildung, Verschmutzungsempfindlichkeit, Bedeutung des Grundwasservorkommens), Darstellung der bau-, anlage- und nutzungsbedingten Auswirkungen (qualitativ und quantitativ) der Planung auf das Grundwasser (z.B. Verminderung der Grundwasserneubildung, mögliche Stoffeinträge ins Grundwasser, Versickerung von Niederschlagswasser), Beschreibung der Maßnahmen zur Vermeidung und Verminderung der Auswirkungen. Für die Bearbeitung der oben genannten Punkte ist die Erstellung eines Fachbeitrags gemäß der Wasserrahmenrichtlinie dienlich.

#### 6. Allgemeiner Hinweis

Allerdings möchte ich Sie in diesem Zusammenhang auf die Arbeitshilfe zur Berücksichtigung von wasserwirtschaftlichen Belangen in der Bauleitplanung V 1.1 vom Oktober 2023 (abrufbar über den Link: [https://rp-giessen.hessen.de/sites/rp-giessen.hessen.de/files/2023-11/231020-arbeitshilfe-wawi\\_belange\\_bauleitplanung-v1.1\\_1.pdf](https://rp-giessen.hessen.de/sites/rp-giessen.hessen.de/files/2023-11/231020-arbeitshilfe-wawi_belange_bauleitplanung-v1.1_1.pdf)) hinweisen. Ich bitte Sie diese bei zukünftigen Planungen allumfassend anzuwenden. Insbesondere bedarf es konkreter Dokumentation in Bezug auf Bedarfsermittlung, Wassersparnachweis, Deckungsnachweis etc.

### **Oberirdische Gewässer, Hochwasserschutz**

**Bearbeiter: Herr Deuster, Dez. 41.2, Tel. 0641/303-4169**

Das Plangebiet befindet sich teilweise im festgesetzten Überschwemmungsgebiet der Aar. Die geplanten Erweiterungsflächen (K2) sind außerhalb des Überschwemmungsgebiets geplant.

Laut Planunterlagen ist die Errichtung von drei Bauwerken geplant: ein Vorklärbecken, ein Faul- und Gasbehälter und ein Nachklärbecken (II).

Gegen die Errichtung des Faul- und Gasbehälters bestehen aus wasserwirtschaftlicher Sicht keine Bedenken.

Das Nachklärbecken II befindet sich in der Nähe des Gewässerrandstreifens einer Grabenparzelle. Hier muss geprüft werden, ob das geringfügige Verschieben des Nachklärbeckens II möglich ist um den gesetzlichen 10 m Gewässerrandstreifen der genannten Grabenparzelle vor Bebauung zu schützen.

Das Vorklärbecken ist teilweise im Überschwemmungsgebiet der Aar geplant. Allerdings ist die Betroffenheit so geringfügig, dass es zu keinen negativen Auswirkungen bei Hochwasser kommen dürfte.

Sollte in der Bestandsfläche K1 über den Bestand hinaus die Errichtung neuer Bauwerke geplant werden, sind diese in jedem Fall außerhalb des HQ 100

Überschwemmungsgebietes zu platzieren oder es sollte sich aber auf die geplanten Erweiterungsflächen K2 beschränkt werden.

Ich weise auf das Thema „Starkregen“ hin:

Das Land Hessen hat mit dem Projekt „KLIMPRAX – Starkregen und Katastrophenschutz für Kommunen“ ein dreistufiges Informationssystem für Kommunen bereitgestellt. Alle Information dazu sind auf den Internetseiten des Hessischen Landesamts für Naturschutz, Umwelt und Geologie (HLNUG) unter folgendem Link einsehbar: <https://www.hlnug.de/themen/klimawandel-und-anpassung/projekte/klimprax-projekte/klimprax-starkregen>

#### **Die Starkregen-Hinweiskarte**

[https://www.hlnug.de/fileadmin/dokumente/klima/klimprax/starkregen/Starkregen-Hinweiskarte\\_Hessen.pdf](https://www.hlnug.de/fileadmin/dokumente/klima/klimprax/starkregen/Starkregen-Hinweiskarte_Hessen.pdf) wird in der ersten Stufe zur Identifizierung von besonders durch Starkregen gefährdeten Kommunen online als PDF oder zur Einbindung in GIS bereitgestellt. Die Karte beinhaltet den Starkregen-Index und den Vulnerabilitäts-Index für jede 1\*1km Kachel.

In der zweiten Stufe können basierend auf dieser Ersteinschätzung kommunale **Fließpfadkarten** ermittelt werden. Dafür kann die interessierte Kommune eine Anfrage an das Fachzentrum Klimawandel und Anpassung richten ([starkregen@hlnug.hessen.de](mailto:starkregen@hlnug.hessen.de)).

In Fällen, in denen die Fließpfadkarte zur lokalen Gefährdungsbeurteilung nicht ausreicht (z.B. städtische Gebiete, sehr flache Gebiete ohne klare Fließwege), kann eine Starkregen-Gefahrenkarte bei Ingenieurbüros in Auftrag gegeben werden. **Starkregen-Gefahrenkarten** sind für Planungen in kritischen Gebieten sowie für mittlere und große Kommunen erforderlich. Diese Karten werden durch Ingenieurbüros auf der Basis von detaillierten hydraulischen Simulationen erstellt.

#### **Kommunales Abwasser, Gewässergüte**

**Bearbeiterin: Frau Sanow, Dez. 41.3, Tel. 0641/303-4226**

Die Zuständigkeit liegt beim Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises, Fachdienst 26.2, „Wasser- und Bodenschutz“ Wetzlar.

#### **Industrielles Abwasser, wassergefährdende Stoffe, Grundwasserschadensfälle, Altlasten, Bodenschutz**

**Bearbeiterin: Frau Wagner, Dez. 41.4, Tel. 0641/303-4277**

#### **Nachsorgender Bodenschutz:**

In der Altflächendatei als Teil des Bodeninformationssystems sind die den Bodenschutzbehörden bekannten Informationen zu Altstandorten, Altablagerungen, altlastverdächtigen Flächen, Altlasten und schädlichen Bodenveränderungen hinterlegt (§ 8 Abs. 1 HAltBodSchG).

Nach entsprechender Recherche ist festzustellen, dass sich im Planungsraum **keine entsprechenden Flächen** befinden.

Die **Vollständigkeit und Richtigkeit der Daten** in der Altflächendatei ist jedoch **nicht garantiert**. Deshalb empfehle ich Ihnen, weitere Informationen (z. B. Auskünfte zu Betriebsstilllegungen aus dem Gewerberegister, bisher nicht erfasste ehemalige

Deponien) bei der zuständigen Unteren Wasser- und Bodenschutzbehörde des Lahn-Dill-Kreises und bei der Gemeinde Mittenaar einzuholen.

Nach § 8 Abs. 4 HAItBodSchG sind Gemeinden und öffentlich-rechtliche Entsorgungspflichtige verpflichtet, die ihnen vorliegenden Erkenntnisse zu Altflächen dem HLNUG so zu übermitteln, dass die Daten im Bodeninformationssystem nach § 7 HAItBodSchG erfasst werden können. Dies hat in elektronischer Form zu erfolgen. Über die elektronische Datenschnittstelle DATUS online steht den Kommunen ebenfalls FIS-AG (kommunal beschränkt) zur Verfügung. Wenden Sie sich bitte an das HLNUG oder entnehmen Sie weitere Infos sowie Installations- und Bedienungshinweise unter: <https://www.hlnug.de/themen/altlasten/datus.html>

### Vorsorgender Bodenschutz:

Abb. 1 „Luftbild der vorhandenen Kläranlage einschließlich Darstellung der geplanten Erweiterung“ des vorliegenden Begründungsschreibens zeigt die wesentlichen Flächen zur Erweiterung im Westen der vorhandenen Kläranlage auf. Das Vorklärbecken soll östlich im bereits überprägten Bereich angesiedelt werden. Der Geltungsbereich soll auch auf eine Fläche nördlich der Vorhandenen Bauwerke ausgedehnt werden.

Diese **nördliche Fläche ist als Extrem-Trockenstandort mit sehr hohem Biotopentwicklungspotenzial** ausgewiesen. Im Begründungsschreiben wird darauf hingewiesen.

Extrem-Standorte sind **besonders schützenswert** und demnach **von Bebauung und sonstiger anthropogener Beanspruchung auszunehmen**.

In weiteren Planungsschritten ist die zu berücksichtigen.

Der Bodeneingriff im übrigen, zulässigen Bereich ist gemäß den geltenden Standards zu bewerten und in das Kompensationsersuchen mit einzubeziehen. Gem. vorliegender Begründung soll dies bis zur ersten öffentlichen Auslegung geschehen. Erst dann kann ich entsprechend Stellung dazu nehmen.

### Bergaufsicht

**Bearbeiterin: Frau Zapata, Dez. 44.1, Tel. 0641/303-4533**

Bei Baumaßnahmen im Bereich der o. g. Bauleitplanung ist auf Spuren ehemaligen Bergbaus zu achten; ggf. sind entsprechende bauliche Sicherungsmaßnahmen zu treffen.

Der Geltungsbereich liegt im Gebiet von vier erloschenen Bergwerksfelder, in denen das Rohstoffvorkommen nachgewiesen wurde. Nach den hier vorhandenen liegen zwei Fundstellen außerhalb des Geltungsbereiches.

Informationen über Art und örtliche Lage der anderen zwei Nachweises liegen hier nicht vor.

### Landwirtschaft

**Bearbeiter: Herr Brenner, Dez. 51.1, Tel. 0641/303-5125**

Bezüglich der mir vorgelegten Unterlagen werden aus Sicht des öffentlichen Belanges Landwirtschaft agrarstrukturelle Bedenken zurückgestellt.

Gegenstand der vorliegenden Planung ist die geplante Erweiterung der Kläranlage des Abwasserverbandes Oberes Aartal. Die Fläche des Planungsgebietes ist im Regionalplan als Vorbehaltsgebiet für Landwirtschaft gekennzeichnet.

Da der arten- bzw. naturschutzrechtliche Ausgleich in den vorliegenden Planungunterlagen nicht abgearbeitet wurde, behalte ich für den öffentlichen Belang Landwirtschaft vor, diesen gesondert zu bewerten. Die zusätzliche Inanspruchnahme von landwirtschaftlich genutzter Fläche für Kompensationsmaßnahmen ist zu vermeiden. Diese können z.B. an Gewässern, nicht landwirtschaftlich genutzte Flächen und/oder durch Ergänzung und Aufwertung bestehender Kompensationsmaßnahmen realisiert werden.

#### **Obere Naturschutzbehörde**

**Bearbeiterin: Frau Ruppert, Dez. 53.1, Tel. 0641/303-5592**

Von der Planung werden keine nach §§ 23 und 26 BNatSchG ausgewiesenen oder geplanten Schutzgebiete berührt.

Ich weise darauf hin, dass für weitere naturschutzrechtliche und -fachliche Belange die Zuständigkeit der unteren Naturschutzbehörde gegeben ist.

#### **Bauleitplanung**

**Bearbeiterin: Frau Josupeit, Dez. 31, Tel. 0641/303-2352**

Aus planungsrechtlicher und bauleitplanerischer Sicht möchte ich auf Folgendes hinweisen:

Die Begründung sowie der artenschutzrechtliche Fachbeitrag sollten redaktionell überprüft und überarbeitet werden. Es wird stellenweise Bezug genommen auf ein FFH-Gebiet bei Mandeln, den Bebauungsplan „Gewerbegebiet West“ im Ortsteil Ballersbach oder auf die Versickerungsmöglichkeit von Niederschlagswasser in Wohngebieten.

Der Abgrenzung des Plangebietes ging eine Untersuchung des Planungsraumes vorweg und führte zu einer Reduzierung des Geltungsbereichs im westlichen Abschnitt. Der vorliegende Bebauungsplan-Entwurf grenzt seinen Geltungsbereich im Norden entlang der B255 ab, außerhalb des Untersuchungsraumes. Eine Begründung für die Ausdehnung des nördlichen Geltungsbereiches wird in den Unterlagen nicht geliefert. Auch sollen die Standorte für die neuen zusätzlichen technischen Anlagenteile der Kläranlage (Nachklärbecken, Faul- und Gasbehälter) nicht im nördlichen Planbereich liegen.

Die textlichen Festsetzungen lassen ebenso die Errichtung von Photovoltaikanlagen zu. Sofern die Anlagen innerhalb der Baubeschränkungszone zur B 255 im nördlichen Planbereich errichtet werden sollen, wäre dies eine nachvollziehbare Erklärung für die Größe der Erweiterungsfläche der Kläranlage.

Ich bitte im weiteren Verfahren um eine Überarbeitung der Begründung zum Bebauungsplan.



Meine Dezernate **42.2** Kommunale Abfallwirtschaft, Dez. **43.2** Immissionsschutz und Dez. **53.1** Obere Forstbehörde wurden von Ihnen im Verfahren nicht beteiligt.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

gez.  
Josupeit

Dieses Dokument habe ich in der Hessischen eDokumentenverwaltung (HeDok) elektronisch schlussgezeichnet.  
Es ist deshalb auch ohne meine handschriftliche Unterschrift gültig.



Regierungspräsidium Darmstadt, 64278 Darmstadt

### Elektronische Post

Ingenieurbüro Zillinger  
Weimarer Straße 1  
35396 Gießen

### Kampfmittelräumdienst des Landes Hessen

Unser Zeichen:	I 18 KMRD- 6b 06/05- <b>M 3123-2024</b>
Ihr Zeichen:	Frau Anne-Christin Funk
Ihre Nachricht vom:	22.01.2024
Ihr Ansprechpartner:	Norbert Schuppe
Zimmernummer:	0.23
Telefon/ Fax:	06151 12 6510/ 12 5133
E-Mail:	Norbert.Schuppe@rpda.hessen.de
Kampfmittelräumdienst:	kmr@rpda.hessen.de
Datum:	20.02.2024



**Mittenaar,  
Gemarkung Offenbach  
"Erweiterung der Kläranlage Oberes Aartal"  
Bauleitplanung; Flächennutzungsplan-Änderung und **Bebauungsplan**  
Kampfmittelbelastung und -räumung**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Auswertung der beim Kampfmittelräumdienst vorliegenden Kriegsluftbilder hat ergeben, dass sich das in Ihrem Lageplan näher bezeichnete Gelände in einem Bombenabwurfgebiet befindet.

Vom Vorhandensein von Kampfmitteln auf solchen Flächen muss grundsätzlich ausgegangen werden.

In den Bereichen, in denen durch Nachkriegsbebauungen bereits bodeneingreifende Bau- maßnahmen bis zu einer Tiefe von mind. 5 Metern durchgeführt wurden sind keine Kampf- mittelräummaßnahmen notwendig.

Bei allen anderen Flächen ist eine systematische Überprüfung (Sondieren auf Kampfmittel) vor Beginn der geplanten Abbrucharbeiten, Bauarbeiten und Baugrunduntersuchungen auf den Grundstücksflächen bis in einer Tiefe von 5 Meter (ab GOK IIWK) erforderlich, auf denen bodeneingreifende Maßnahmen stattfinden. Hierbei soll grundsätzlich eine EDV-gestützte Datenaufnahme erfolgen.

Sofern die Fläche nicht sondierfähig sein sollte (z.B. wg. Auffüllungen, Versiegelungen oder sonstigen magnetischen Anomalien), sind aus Sicherheitsgründen weitere Kampfmittelräum- maßnahmen vor bodeneingreifenden Bauarbeiten erforderlich.

Regierungspräsidium Darmstadt  
Luisenplatz 2, Kollegengebäude  
64283 Darmstadt

Internet:  
[www.rp-darmstadt.hessen.de](http://www.rp-darmstadt.hessen.de)

Servicezeiten:  
Mo. - Do. 8:00 bis 16:30 Uhr  
Freitag 8:00 bis 15:00 Uhr

Telefon: 06151 12 0 (Zentrale)  
Telefax: 06151 12 6347 (allgemein)

Fristenbriefkasten:  
Luisenplatz 2  
64283 Darmstadt

Öffentliche Verkehrsmittel:  
Haltestelle Luisenplatz

Es ist dann notwendig, einen evtl. vorgesehenen Baugrubenverbau (Spundwand, Berliner Verbau usw.) durch Sondierungsbohrungen in der Verbauachse abzusichern. Sofern eine sondierfähige Messebene vorliegt, sollen die Erdaushubarbeiten mit einer Flächensondierung begleitet werden.

Zu Ihrer eigenen Sicherheit sollten Sie sich bescheinigen lassen, dass die Kampfmittelräumungsarbeiten nach dem neuesten Stand der Technik durchgeführt wurden. Der Bescheinigung ist ein Lageplan beizufügen, auf dem die untersuchten Flächen dokumentiert sind. Weiterhin ist das verwendete Detektionsverfahren anzugeben.

**Wir bitten nach Abschluss der Kampfmittelräumarbeiten um Übersendung mittels E-Mail der Freigabedokumentation und entsprechenden Lageplänen in digitaler Form, gern im ESRI Shape (\*.shp) bzw. im Cad Format (\*.dxf, \*.dwg).**

Wir bitten um Verwendung der geodätischen Bezugssysteme im ETRS 1989 mit UTM Zone 32N (EPSG: 25832, EPSG 4647), Gauß-Krüger-Zone 3 (EPSG: 31467). Die Kosten für die Kampfmittelräumung (Aufsuchen, Bergen, Zwischenlagern) sind vom Antragsteller/Antragstellerin, Interessenten/Interessentin oder sonstigen Berechtigten (z.B. Eigentümer/Eigentümerin, Investor/Investorin) zu tragen. Die genannten Arbeiten sind daher von diesen selbst bei einer Fachfirma in Auftrag zu geben und zu bezahlen.

Bei der Angebotseinholung oder der Beauftragung einer Fachfirma bitte ich immer das v. g. Aktenzeichen anzugeben und eine Kopie dieser Stellungnahme beizufügen.

Als Anlage übersende ich Ihnen die Allgemeinen Bestimmungen für die Kampfmittelräumung im Lande Hessen.

Da Kampfmittelräumarbeiten im Voraus schwer zu berechnen sind, halte ich die Abrechnung der Leistungen nach tatsächlichem Aufwand für unumgänglich. Dies ist in jedem Falle Voraussetzung für eine positive Rechnungsprüfung zum Zwecke der Kostenerstattung durch den Bund gem. Nr. 3. der Allgemeinen Bestimmungen für die Kampfmittelräumung.

Eine Kopie des Auftrages bitte ich mir zur Kenntnisnahme zuzusenden.

Den Abtransport - ggf. auch die Entschärfung - und die Vernichtung der gefundenen Kampfmittel wird das Land Hessen -Kampfmittelräumdienst- weiterhin auf eigene Kosten übernehmen.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

gez. Norbert Schuppe

## Bauaushubüberwachung und Baubegleitende Kampfmittelräumung Theorie und Wirklichkeit, Verantwortlichkeiten

Jürgen Sebald  
BG Bau, Pirnaer Landstraße 40, 01237 Dresden  
0351-2572-324, juergen.sebald@bgbau.de

### 1. Einleitung

Weltweit werden Bauarbeiten für verschiedenste Vorhaben durchgeführt, sei es wie z.B. Um-, oder Ausbau bzw. Sanierung von Industrie-, Wohn- oder Mischgebieten, aber auch Lückenbebauungen. Für erneuerbare Energien sind tollkühne Ideen in der Planung, einiges davon steht bereits in der Ausführungsphase. Pipelines werden durch unwirtliche Gegenden, sogar durch Gewässer wie z.B. Ostsee verlegt, auch an Orten, wo bekanntermaßen Kampfmittel verklappt wurden.

Es ist davon auszugehen, dass ca. 10 - 15 % der im 2. Weltkrieg abgeworfenen Bomben nicht zur Wirkung gelangten und auch heute noch eine Gefahr für die Umgebung darstellen (Abb. 1). Zusätzlich dazu findet man auch in Ballungszentren

- aufgegebene oder zerstörte Fliegerabwehrstellungen,
- Vergrabestellen,
- zur Sprengung vorbereitete Bauwerke,
- ehemalige Stells- und Grabensysteme mit Munition.



Abb. 1. Fliegerbombe, angetroffen bei Bauarbeiten in der Nähe einer Tankstelle

Daher werden Bauvorhaben immer wieder durch Kampfmittelfunde, ja sogar auch „Explosionen von Kampfmitteln“ gestoppt (Abb. 2).



Abb. 2: bei Bohrarbeiten 5-Zentner-Bombe angebohrt

Vor diesem Hintergrund stellen sich folgende Fragen:

- hat der Bauherr bzw. dessen Planer im Rahmen der Gefahrenvorsorge das Problem „Kampfmittel im Baugrund“ überhaupt erkannt?
- hat der sich Bauherr bzw. dessen Planer mit den zur Verfügung stehenden Sondier- und Räumverfahren überhaupt befasst?
- ist sich der Bauherr seiner Verantwortung gegenüber den bauausführenden Unternehmen bewusst?

Bei Bauarbeiten unter Kampfmittelverdacht entstehen Gefährdungen, deren Beseitigung zu den vertraglichen Pflichten des Bauherrn gehört (siehe dazu VOB/C ATV DIN 18299).

Vielfach ist aber festzustellen, dass „aus Kostengründen“ keine Kampfmittelräumung im engeren Sinne geschieht, sondern versucht wird, dem Problem des Kampfmittelverdachtetes mittels sog. „Bauaushubüberwachung“ oder der „Baubegleitenden Kampfmittelräumung“ Herr zu werden. Dies geschieht insbesondere dann, wenn kein konkreter, sondern ein sogenannter „diffuser“ Kampfmittelverdacht vorliegt, d.h., dass anhand von Luftbildern oder anderer Unterlagen zwar keine verortbaren Ansatzpunkte festgestellt werden können, aber doch so konkrete Verdachtsmomente dafür, dass ein gewisser Kampfmittelverdacht bestehen bleibt (tw. auch bezeichnet als „Fläche mit Kampfmittelverdacht ohne konkrete Gefahr“ [1]).

## 2. Pflichten des Bauherren

Die Bereitstellung des Baugrundes zur weiteren Bearbeitung, z.B. zur Herstellung eines Bauwerkes ist gemäß der Rechtsprechung nach § 645 BGB im Sinne der Lieferung eines Baustoffes zu sehen. Die Verantwortung für den Zustand des Baustoffes „Baugrund“ trägt grundsätzlich der Bauherr, d.h. er trägt das so genannte „Baugrundrisiko“.

Unter Beachtung des Rechtsgrundsatzes der Allgemeinen Verkehrsicherungspflicht hat der Bauherr, der sein Vorhaben auf einer Fläche errichten möchte, die nach historischer Erkundung als kampfmittelgefährdet anzusehen ist, die Pflicht, Schäden, die von seinem Grund und Boden ausgehen, von den Bauarbeitern abzuwenden. Er hat somit dafür zu sorgen, dass evtl. vorhandene Kampfmittel unschädlich gemacht werden, was i.d.R. durch eine Kampfmittelräumung im klassischen Sinn geschieht.

Dies gilt sowohl bei einem konkreten, als auch bei dem oben beschriebenen "diffusen" Kampfmittelverdacht. In diesem Fall können z.B. in Nordrhein-Westfalen die Ordnungsbehörden entsprechende Vorgehensweisen verfügen [1] und seit im Jahre 1994 auf einer Baustelle in Berlin die Explosion einer Bombe vier Arbeiter in den Tod gerissen hat, wird in einigen kreisfreien Städten und Landkreisen Sachsens die Antragstellung zur Kampfmittelbelastungsprüfung von Baugrundstücken vorgeschrieben! Eine vorbildliche Vorgehensweise, an die sich andere Städte und Landkreise anschließen sollten !

Darüber hinaus hat aber jeder Bauherr im Rahmen der Planung und Ausführung eines Bauvorhabens ohnehin Vorgaben zu beachten, die in die gleiche Richtung weisen. Hier ist insbesondere die BaustellV in Verbindung mit § 4 ArbSchG zu nennen, aber auch § 819 StGB "Baugefährdung". Weitere Hinweise zu den Bauherrenpflichten bei Bauarbeiten auf Kampfmittelverdachtsflächen enthält auch die BGI 833 - Handlungsanleitung zur Gefährdungsbeurteilung und Festlegung von Schutzmaßnahmen bei der Kampfmittelräumung [2].

### 2.1 Baustellenverordnung – BaustellV

Eine ganz allgemeine, in ihrer Zielrichtung aber sehr deutliche Vorgabe, die auf jeder Baustelle zu beachten ist, enthält § 2 BaustellV, "Planung und Ausführung des Bauvorhabens". § 2, Absatz 1 lautet (verkürztes Zitat):

- (1) Bei der Planung der Ausführung eines Bauvorhabens ..... sind die allgemeinen Grundsätze nach § 4 des Arbeitsschutzgesetzes zu berücksichtigen (siehe auch Abb.2)

Somit hat der Bauherr schon bei der Planung der Ausführung eines Bauvorhabens gemäß den ersten und wesentlichsten drei allgemeinen Grundsätzen nach § 4 ArbSchG zu berücksichtigen, dass

- Die Arbeit so zu gestalten ist, daß eine Gefährdung für Leben und Gesundheit möglichst vermieden und die verbleibende Gefährdung möglichst gering gehalten wird;
- Gefahren an ihrer Quelle zu bekämpfen sind;
- der Stand von Technik, Arbeitsmedizin und Hygiene sowie sonstige gesicherte arbeitswissenschaftliche Erkenntnisse berücksichtigt werden.

Werden diese Vorgaben der BaustellV nicht beachtet, könnte im Schadensfall, d.h. in unserer Betrachtung der "Explosion" eines Kampfmittels, auch § 819 StGB "Baugefährdung" heranzuziehen sein:

- (1) Wer bei der Planung, Leitung oder Ausführung eines Baues oder des Abbruchs eines Bauwerkes gegen die allgemein anerkannten Regeln der Technik verstößt und dadurch Leib oder Leben eines anderen Menschen gefährdet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

Eine für die Kampfmittelräumung aus dem Kreis der anerkannten Regeln der Technik einschlägige Regel ist die oben bereits erwähnte BGI 833 [2]. Diese BGI hilft in erster Linie der Kampfmittelräumfirma, aber auch dem Bauherrn bzw. dessen Planer, die allgemeinen Grundsätze nach § 4 ArbSchG bei der Planung und Ausführung des Bauvorhabens auf "kampfmittelverdächtigem Untergrund" zu berücksichtigen und umzusetzen.

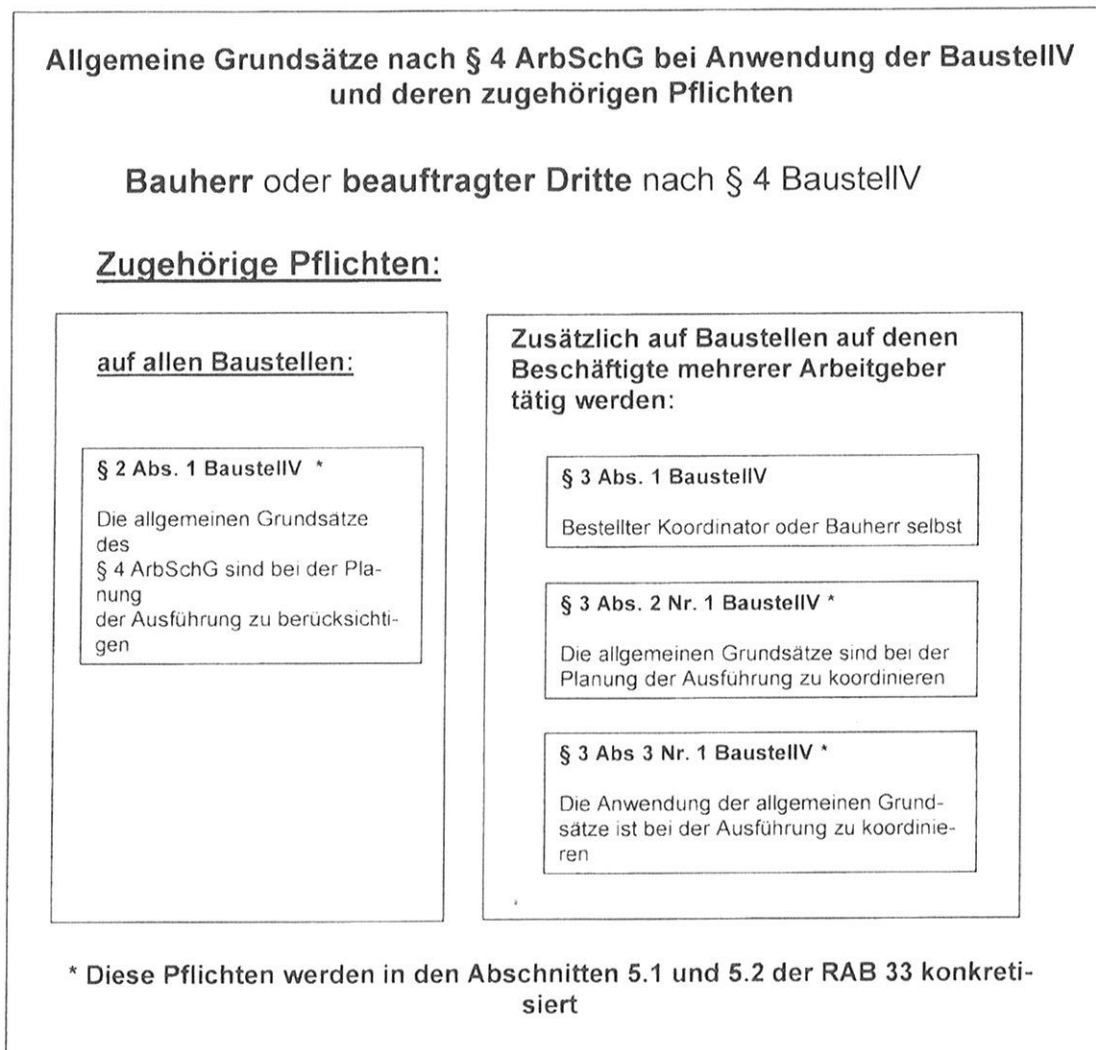


Abb. 3

### 3 „Bauaushubüberwachung“ - "baubegleitende Kampfmittelräumung" - Verfahren nach dem Stand der Technik ?

Gängige Praxis ist es, in den Ausschreibungsunterlagen von den ausführenden Unternehmen "den Stand der Technik" abzufordern.

Weil aber aufgrund zu vieler im Untergrund vorhandener Störkörper die klassischen Vorgehensweisen der Kampfmittelräumung manchmal nicht anwendbar sind, aber auch deshalb, weil Bauherren aus finanziellen Gründen vor Sondierungen zurückschrecken, wird schon bei der Planung des Bauvorhabens auf "kampfmittel-verdächtigem Untergrund" zum Mittel der sogenannten Bauaushubüberwachung gegriffen, d.h. es wird eine zur Kampfmittelräumung befähigte Person - im folgenden "Feuerwerker" genannt - neben den Bagger gestellt, die ein Auge auf den Aushub haben und die Arbeiten sofort stoppen soll, wenn sie etwas Auffälliges bemerkt.

Diese auch als „fachtechnische Begleitung“ des Bauvorhabens bezeichnete Vorgehensweise stößt in der Fachwelt auf herbe Kritik ("ist eigentlich nur ein zusätzlicher Toter"), sowohl in der Tatsache, dass es vom Bauherrn so gefordert und ausgeschrieben wird, aber auch in der Tatsache, dass sich einige Kampfmittelräumfirmen überhaupt darauf einlassen ! Vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Zwänge mag das zwar verständlich sein, aber eine solche Vorgehensweise ist ein vehementer Verstoß nicht

nur gegen die allgemeinen Grundsätze des § 4 ArbSchG, sondern auch gegen jedes Prinzip der Sicherheitsplanung:

- hat der Feuerwerker überhaupt eine Chance, eine konkrete Gefahr durch ein bewegtes oder freigelegtes Kampfmittel rechtzeitig festzustellen ?
- wie lange hält er das durch, den Aushubbereich nach Unregelmäßigkeiten und die Aushubmassen nach "Verdachtsinhalten" so intensiv wie notwendig zu "scannen" ?
- kann er dem Druck der "Erdbaufirma" standhalten, "Leistung zu bringen", "Masse zu machen" ?
- wer trägt die Verantwortung, wenn es zu einem Schadensereignis kommt, die Verantwortliche Person der Kampfmittelräumfirma, die Kampfmittelräumfirma selbst oder der Bauherr?

Eine Definition der "Bauaushubüberwachung" zum Auffinden von Kampfmitteln und damit eine bindende Vorschrift zur Vorgehensweise gibt es nicht (wie auch, es ist ja kein in der Fachwelt anerkanntes Verfahren!).

Oft wird aber für die gleiche wie oben beschriebene Vorgehensweise ein anderer Begriff gebraucht bzw. missbraucht:

### "Baubegleitende Kampfmittelräumung"

Im Gegensatz zur "Bauaushubüberwachung" sind die Vorgehensweisen der "baubegleitenden Kampfmittelräumung" exakt beschrieben und definiert im Abschnitt 3 der Arbeitshilfen Kampfmittelräumung - AH-Kampfmittelräumung des Bundes [3]. Folgende Zitate aus diesem Abschnitt der AH-Kampfmittelräumung sprechen für sich und bedürfen keiner weiterer Kommentierung, **besonders wichtige Passagen** aber in Fettdruck hervorgehoben:



Abb. 4. Schichtenweiser Abtrag, verpflichtend bei baubegleitender KMR

#### 3.2 Baubegleitende Kampfmittelräumung

**Bei diesem Räumverfahren werden die horizontalen und vertikalen Flächen der Baugrube mit aktiven und / oder passiven Sonden untersucht.**

Nach Freigabe durch die verantwortliche Person (§ 19 Abs. (1) Nr. 3 SprengG) kann der Boden unter **zusätzlicher** visueller Kontrolle **schichtweise** ausgebaut werden. Dieser Vorgang wird bis zum Erreichen der Aushubsohle wiederholt.

##### 3.2.1 Verfahrensbeschreibung

Zum Erreichen des Räumziels „Kampfmittelfreiheit“ sind die Aushubsohle und die Grubenböschungen bzw. –wände in Abhängigkeit der vermuteten Kampfmittel mittels aktiver und / oder passiver Sonden vollflächig und systematisch zu untersuchen und ggf. zu räumen.

Die BGR 114 Anhang 5 „Besondere Sicherheitsanforderungen“ ist zu beachten.

##### 3.2.2 Verfahrensgrenzen

Dieses Räumverfahren kann der Reduktion von Gefährdungen bei Maßnahmen mit Bodeneingriff auf kampfmittelbelasteten Flächen dienen. Es kann angewendet werden, wenn Kampfmittelzufunde aufgrund konkreter Verdachtsmomente nicht ausgeschlossen werden können.

Dabei wird der im Wirkungsbereich eines Erdwerkzeuges befindliche Boden auf Kampfmittel **untersucht, bevor der Bodenabtrag stattfindet.**

Dieses Räumverfahren ist aufgrund des methodischen Ansatzes zur Herstellung der Kampfmittelfreiheit ohne Einschränkungen für Baugruben geeignet. Die Verfahrensgrenzen werden durch folgende Eckpunkte beschrieben:

1. Der bei der Räummaßnahme hergestellte kampfmittelfreie Bereich beschränkt sich auf den bei den Bauarbeiten umgesetzten und den in der Baugrube anstehenden Boden.
2. Die Mächtigkeit der in der Baugrube von Kampfmitteln freigemessenen Bodenschicht wird durch die Empfindlichkeit der eingesetzten aktiven und / oder passiven Sonde bzw. die Störkörpergröße bestimmt und ist daher nicht in jedem Fall eindeutig bestimmbar.

**3. Durch vorhandene bauliche Anlagen (Kabel, Leitungen, Betonbaukörper) oder Hilfsbaumaßnahmen (Verbau) können Einschränkungen der Sondierfähigkeit des in der Baugrube anstehenden Bodens entstehen.**

Auch das Verfahren der baubegleitenden Kampfmittelräumung ist in der Fachwelt umstritten, weil es, wie der obige Satz 3 zeigt, nicht nur Unsicherheiten für den Räumerverfolg enthält, sondern auch für Leib und Leben der Ausführenden. Umstritten ist es aber insbesondere auch deshalb, weil dieses Verfahren so leicht von Bauherren und Planern missbraucht werden kann, um Geld zu sparen !

Das Verfahren wurde aus der Not geboren, dass es eben die Flächen gibt, wo ein nicht eindeutig verortbarer, diffuser Kampfmittelverdacht besteht und man nach einem Verfahren gesucht hat, um auch dieses Problem unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit der Mittel in den Griff zu bekommen.

Aber, es öffnet dem Missbrauch Tür und Tor: man braucht bei entsprechenden Verdachtsflächen nur zu postulieren, dass die klassische Sondierung nicht geht, dann wird auch noch bereits in der Ausschreibung der schichtenweise Abtrag gestrichen (behindert ja nur die Aushubleistung und bedroht damit den schon vor Beginn der Planung festgelegten Eröffnungstermin mit Bürgermeister und Sektempfang), stellt den Ausguck-Feuerwerker an den Bagger, und schon glaubt man als Bauherr das Problem erledigt zu haben !

Da sind gewisse Zweifel angebracht, betrachtet man allein die Verantwortlichkeiten, wenn die Granate dem Ausguck-Feuerwerker entgeht und mit der Aushubfuhr durch die Stadt gefahren wird !

Was ist, wenn ..... ?

Auf der Grundlage des § 2 BaustellV, der den Bauherrn verpflichtet, bereits bei der Planung eines Bauvorhabens die Grundsätze des § 4 ArbSchG zu berücksichtigen, kann nur folgende grundsätzliche Vorgehensweise die Richtige sein:

- 1) zwingende Feststellung des Kampfmittelverdacht, ob konkret oder diffus !
- 2) wenn Kampfmittelverdacht besteht, Erarbeitung eines klar definiertes Räumkonzeptes bzw. eines Arbeits- und Sicherheitsplanes nach BGI 833:

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Anforderungen darf die baubegleitende Kampfmittelräumung nur dann angewandt werden, wenn Bauwerksreste, künstliche Auffüllungen mit hohen ferromagnetischen Anteilen, dichte Leitungsnetze oder dergleichen eine Kampfmittelräumung im klassischen Sinn unmöglich machen.

- 3) im Räumkonzept bzw. Arbeits- und Sicherheitsplan nach BGI 833 Beschreibung der an den Kampfmittelverdacht angepassten Vorgehensweise, insbesondere
  - anstehende Böschungen etc. werden vor Beginn des Aushubes vorsondiert
  - schichtenweiser Abtrag des Materials ("Abziehen")
  - die Schichtstärken werden während des Aushubes ständig durch direkte Kommunikation zwischen visuellem Überwacher (Feuerwerker") und Baggerfahrer abgestimmt
  - aufgenommenes Erdreich auf einer Zwischenlagerfläche vorsichtig abgelegt, vorseparieren und nochmals visuell auf Kampfmittel absuchen
- 4) Definition der Anforderungen an die gerätetechnischen und personelle Ausstattung der ausführenden Unternehmen (siehe BGI 833) und Berücksichtigung dieser Anforderungen in der Ausschreibung
- 5) Bereitstellung technischer und ggf. notwendiger persönlicher Schutzausrüstungen durch die ausführenden Unternehmen
- 6) Herstellung der klaren und eindeutigen Weisungsbefugnis der Verantwortlichen Person der Kampfmittelräumfirma gegenüber den Mitarbeitern der Baufirmen in Bezug auf Gefährdungen durch Kampfmittel
- 7) Anpassung der Gefährdungsbeurteilung der bauausführenden Unternehmen
- 8) Unterweisung aller auf der Baustelle beschäftigten Personen



#### 4. Zusammenfassung

Kurz nach Kriegsende ging man davon aus, dass bis Ende 1945 alle Bombenblindgänger entdeckt und entsorgt werden würden. Heute, 66 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs können wir nur sagen: „Wir sind noch lange nicht so weit“ und Deformierungen, Rost, Alterungsprozesse, Bodenverwerfungen bzw. -bewegungen und insbesondere Erschütterungen erhöhen das Risiko einer Detonation.

Darüber hinaus gibt es ja nicht nur Bombenblindgänger, von denen Gefahren ausgehen, sondern von allen Arten von unkontrolliert abgelagerter und Alterungsprozessen unterworfenen Munition.

Beim Thema Kampfmittelbeseitigung nehmen Bauherren/Auftraggeber bzw. deren Planer häufig unkalkulierbare Risiken in Kauf, die sie aber allein durch die Beachtung der oben beschriebenen grundsätzlichen Vorgehensweisen minimieren könnten.

Die Ausführung von Kampfmittelräummaßnahmen bedarf grundsätzlich der planerischen und konzeptionellen Vorbereitung sowie der Begleitung/Überwachung der Ausführung.

Wesentlich ist, dass jede Räummaßnahme, die sorgfältig vorbereitet wird, in der Ausführungsphase ohne größere Unterbrechungen wirtschaftlich umgesetzt werden kann.

Die Erkundung, Feststellung und Bergung von Kampfmitteln stellt außergewöhnlich hohe Anforderungen an die gerätetechnische und personelle Ausstattung der ausführenden Firmen sowie einen wesentlichen Zeit- und Kostenfaktor.

In jedem Fall stellt die baubegleitende Kampfmittelräumung die „ultima ratio“ dar, die nur unter klar definierten Randbedingungen angewendet werden darf, nicht aber allein aus dem Grund der Kostensparnis.

Die Bauaushubüberwachung ist nicht als Kampfmittelräumung anzusehen und sollte aus dem Planungsvokabular ersatzlos gestrichen werden !

Die Abwehr der von Kampfmitteln ausgehenden Gefahr ist und bleibt ein wesentliches Element in der Sicherung der Lebensgrundlage unserer Gesellschaft und ihrer wirtschaftlichen und infrastrukturellen Entwicklung und sollte sehr ernst genommen werden.

**Grundsatz für Bauarbeiten auf Flächen mit Kampfmittelverdacht sollte immer sein:**

**Zunächst Räumstelle - dann erst Baustelle !**

#### 5. Literatur:

- [1] Merkblatt für Baugrundeingriffe auf Flächen mit Kampfmittelverdacht ohne konkrete Gefahr (Anlage 1 der Technischen Verwaltungsvorschrift für die Kampfmittelbeseitigung in NRW)
- [2] BGI 833 - Handlungsanleitung zur Gefährdungsbeurteilung und Festlegung von Schutzmaßnahmen bei der Kampfmittelräumung,
- [3] Arbeitshilfen zur wirtschaftlichen Erkundung, Planung und Räumung von Kampfmitteln auf Liegenschaften des Bundes (Arbeitshilfen Kampfmittelräumung - AH KMR)



## Allgemeine Bestimmungen für die Kampfmittelräumung im Lande Hessen

Auftraggeber für Kampfmittelräumungsarbeiten sind das Land Hessen (Regierungspräsidium Darmstadt), Kommunen, Private und Bundesbehörden.

Kampfmittelräumungsarbeiten sind insbesondere:

- Aufsuchen, Bergen und Zwischenlagern von Kampfmitteln
  - Systematische Untersuchung von Flächen mit Sonden
  - Systematische Entmunitionierung von Flächen mit Oberflächensuchgeräten
  - Punktuelle Untersuchung von Blindgängerverdachtspunkten
  - Herstellen von Sondierbohrungen, Messwertaufnahmen und Interpretation der Messergebnisse auf Bombenblindgänger
  - Aufgrabung der detektierten Anomalien
  - Identifizierung der Kampfmittel
  - Zwischenlagerung von Kampfmitteln
  - Berichtsführung

### 1. Durchführungsbestimmungen

Die Arbeiten sind jeweils nach dem neuesten Stand der Technik durchzuführen. Dies ist bei der Auftragsbestätigung zu versichern.

- Dem Kampfmittelräumdienst des Landes Hessen sind rechtzeitig mitzuteilen:
- Auftraggeber (Auftrag und Auftragsbestätigung)
- Verantwortliche Person (Befähigungsschein und Ausbildungsnachweis)
- Arbeitsaufnahme und Arbeitszeit, gegebenenfalls Arbeitsunterlagen
- Aktenzeichen des Kampfmittelräumdienstes

Die untersuchten bzw. entmunitionierten Flächen sind in Lageplänen M 1 : 1 000 zu dokumentieren. Eine Ausfertigung ist dem KMRD nach Beendigung der Arbeiten zu übergeben. Kampfmittelräumungsarbeiten sind nach den üblichen Gesetzen, Verordnungen und Regeln der Technik insbesondere auch nach den Regeln für Sicherheit und Gesundheitsschutz beim Zerlegen von Gegenständen mit Explosivstoff oder beim Vernichten von Explosivstoff oder Gegenständen mit Explosivstoff BGR 114, Anhang 5, des HVBG Fachausschuß „Chemie“ durchzuführen.

### 2. Sicherheitsbestimmungen

Die Kampfmittelräumarbeiten dürfen nur unter ständiger Aufsicht einer Verantwortlichen Person (Befähigungsinhaber/in nach § 20 SprengG) durchgeführt werden.

An der Arbeitsstelle ist gut sichtbar ein Alarmplan anzubringen, der folgende Informationen enthält:

- Verantwortliche Person der Arbeitsstelle
- Tel.-Nr. und Adresse des nächsten Unfallkrankenhauses

- Tel.-Nr. des nächsten Hubschrauberrettungsdienstes
- Tel.-Nr. und Adresse des Kampfmittelräumdienstes des Landes Hessen

Die geborgenen Kampfmittel, Munitionsteile sowie alle anderen Objekte, die im Zusammenhang mit Kampfmitteln stehen, sind sofort listen mäßig zu erfassen und nachzuweisen. Sofern Kampfmittel nicht transportfähig sind oder nicht verlagert werden können, ist von der Kampfmittelräumfirma der Kampfmittelräumdienst des Landes Hessen unverzüglich zu verständigen. Bei Gefahr im Verzug ist die Verantwortliche Person berechtigt und verpflichtet, sofort die zuständige Gefahrenabwehrbehörde (Polizei, Bürgermeister/in, Oberbürgermeister/in) zu verständigen und die seiner/ihrer Meinung nach erforderlichen Abspermaßnahmen zu veranlassen. Die Entschärfung, Sprengung sowie der Abtransport von Kampfmitteln ist ausschließlich dem Kampfmittelräumdienst des Landes Hessen oder der von ihm beauftragten Person überlassen.

### 3. Ergänzende Bestimmungen

Bergungsfremde Gegenstände, die bei den Arbeiten gefunden werden und keine Kampfmittelleigenschaft aufweisen, sind dem Eigentümer des Grundstücks zu überlassen. Sofern ehem. reichseigene Kampfmittel gefunden werden, besteht die Möglichkeit der Kostenerstattung durch den Bund. Er macht allerdings zur Auflage, dass der Kampfmittelräumdienst die von der Fachfirma gestellte Rechnung zur Prüfung erhält und diese mit einem Sichtvermerk kennzeichnet. Dies setzt in jedem Falle die Einhaltung der vorgenannten Bestimmungen voraus. Weiterhin ist zu erklären, ob das betreffende Grundstück vom Bund erworben wurde.

**Der Kreisausschuss**  
Abteilung Umwelt, Natur und Wasser

Abteilung 26.0 Zentralangelegenheiten

Kreisausschuss Lahn-Dill-Kreis | Postfach 19 40 | 35529 Wetzlar

Gemeinde Mittenaar  
Leipziger Str. 1  
Mittenaar  
über:  
Ingenieurbüro Zillinger  
Weimarer Str. 1  
Gießen

Datum: 27.02.2024  
Aktenz.: 26/2024-BE-17-002  
Kontakt: Herr Krell  
Telefon: 06441 407-1718  
Telefax: 06441 407-1051  
Raum-Nr.: D3.131  
E-Mail: frederik.krell@lahn-dill-kreis.de  
**Standort:** Karl-Kellner-Ring 51, 35576 Wetzlar

**Servicezeiten:**  
Mo. – Fr. 07:30 – 12:30 Uhr  
Do. 13:30 – 18:00 Uhr  
und nach Vereinbarung

4 3

**Vorhaben:** **Bebauungsplan 'Erweiterung der Kläranlage 'Oberes Aartal'**  
**Flächennutzungsplanänderung in diesem Bereich**  
**Beteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB in Mittenaar,**  
**Gemarkung Ballersbach**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu den im Zusammenhang mit dem o.g. Verfahren vorgelegten Unterlagen wird im Hinblick auf die Belange unserer Abteilung Umwelt, Natur und Wasser folgende Stellungnahme abgegeben:

**Bebauungsplan „Erweiterung der Kläranlage Oberes Aartal“**

**Natur- und Landschaftsschutz**

Bei der Prüfung der Unterlagen wurde festgestellt, dass der Untersuchungsraum der naturschutzfachlichen Gutachten und der Bereich des Bebauungsplans (nach aktuellem Planungsstand) nicht übereinstimmen.

So sind einige untersuchte Flächen im Osten und Südosten aus der Planung herausgenommen. Dafür sind die Flurstücke 127/1, 291, 295/19 und 295/12 (tlw.) in die Planung aufgenommen worden. Hierfür liegen keine Untersuchungsergebnisse vor.

Es wäre im Zuge der zweiten Offenlage eine Aussage der Fachplanung zu ergänzen, inwieweit die nun hinzugekommen Flurstücke aus naturschutzfachlicher Sicht zu beurteilen sind.

Die im artenschutzrechtlichen Fachbeitrag beschriebenen Maßnahmen in Kapitel 6.8 sind zwingend einzuhalten und in die textliche Festsetzung zu übernehmen.

Bis zur zweiten Offenlage ist die Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung zu erstellen und den Unterlagen beizulegen.

## **Wasser- und Bodenschutz**

### Oberflächengewässer

In Kapitel 8.2 ist beschrieben, dass die vorhandene Kläranlage zwar teilweise im amtlich festgesetzten Überschwemmungsgebiet der Aar liegt, die Erweiterungsflächen hingegen außerhalb dieses Überschwemmungsgebietes liegen sollen. Damit würde kein Retentionsraum verloren gehen.

Sollten entgegen der Aussage im Bereich des festgesetzten Überschwemmungsgebietes der Aar Maßnahmen nach § 78 Abs. 4 WHG geplant sein, sind diese mit uns abzustimmen und die entsprechende wasserrechtliche Genehmigung rechtzeitig unter Vorlage ausreichender Unterlagen zu beantragen.

Ansonsten bestehen aus Sicht des Gewässerschutzes keine weiteren Bedenken gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes.

### Abwasser

Der beabsichtigte Ausbau ist unseres Erachtens in der Begründung falsch beschrieben. Die Kläranlage soll nicht zu einer Anlage mit Schlammfäulung ausgebaut werden, sondern zu einer Schlammstabilisierungsanlage (Variante 1). Hierfür werden im Wesentlichen 2 neue Nachklärbecken im Westen der Kläranlage errichtet und damit die 2-Straßigkeit der gesamten Anlage realisiert. Das bisherige Nachklärbecken erhält die neue Funktion des Belebungsbeckens 2.

Wir bitten, sich diesbezüglich nochmals mit dem *Abwasserverband Oberes Aartal* in Verbindung zu setzen und die entsprechenden Textpassagen zu korrigieren bzw. auszutauschen und sprachlich korrekt zu beschreiben.

Auch sollte erwähnt werden, dass die Baumaßnahme der Verbesserung des Gewässerzustandes gemäß den Vorgaben der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie gilt, damit der Wasserkörper *Untere Aar* insgesamt statt eines mäßigen dann einen guten ökologischen Zustand vorweisen wird.

Hinsichtlich der Abwasser- und Niederschlagswasserableitung und -behandlung stimmen wir der Bauleitplanung allerdings zu.

### Bodenschutz

Bodenschutzbelange sind in der Abwägung gem. §§ 1 und 1a BauGB zu berücksichtigen. Eine detaillierte Stellungnahme erfolgt in diesem Fall durch das RP Gießen.

Ausführungen zum Bodenschutz sind in den vorliegenden Planungsunterlagen zwar enthalten. Die angekündigte Bewertung der durch die geplante Bebauung eintretenden Beeinträchtigungen der Bodenfunktionen unter Bezug auf die bereits bestehenden Beeinträchtigungen ist jedoch nicht erfolgt.

In diesem Zusammenhang verweisen wir auf die im Mai 2013 durch das Hessische Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz veröffentlichte „Arbeitshilfe zur Berücksichtigung von Bodenschutzbelangen in der Abwägung und der Umweltprüfung nach BauGB in Hessen“ und die damit bestehenden Anforderungen sowie die danach erforderlichen Angaben.

Auf die Vorgaben des § 202 im Baugesetzbuch zum besonderen Schutz des Oberbodens / Mutterbodens wird verwiesen. Geeignete Festsetzungen sind in die vorliegende Bauleitplanung aufzunehmen.

### Schädliche Bodenveränderungen

Im Fachinformationssystem FIS AG sind keine schädlichen Bodenveränderungen für die betroffenen Grundstücke eingetragen. Wir weisen jedoch darauf hin, dass möglicherweise nicht alle Bodenverunreinigungen zum jetzigen Zeitpunkt in o. g. System eingepflegt worden sind. Wir empfehlen, für weitere Auskünfte die entsprechende Kommune zu kontaktieren.

Grundsätzlich sollte bei Bodenaushubarbeiten auf Bodenveränderungen hinsichtlich Farbe und Geruch geachtet werden. Sofern diesbezügliche Auffälligkeiten vorhanden sind, ist eine Bodenuntersuchung vorzunehmen. Vorhandene Bodenkontaminationen sind der Unteren Wasser- und Bodenschutzbehörde zu melden und umgehend zu sanieren.

### Verwaltung

Im Planungsbereich konnten keine Einrichtungen festgestellt werden, die dem Vorhaben entgegenstehen. Laut unseren Unterlagen gibt es in den betroffenen Bereichen weder Brunnen noch Erdwärmesonden oder Kleinkläranlagen.

### **Fazit zum Bebauungsplan „Erweiterung der Kläranlage Oberes Aartal“**

Auf Grundlage der vorgelegten Unterlagen kann zurzeit keine abschließende Aussage zur geplanten Maßnahme getroffen werden.

Erst nach Eingang der entsprechenden Unterlagen kann eine abschließende Stellungnahme in Aussicht gestellt werden.

## Flächennutzungsplan-Änderung „Erweiterung der Kläranlage Oberes Aartal“

### **Natur- und Landschaftsschutz**

Bei der Prüfung der Unterlagen wurde festgestellt, dass der Untersuchungsraum der naturschutzfachlichen Gutachten und der Bereich des Bebauungsplans (nach aktuellem Planungsstand) nicht übereinstimmen.

So sind einige untersuchte Flächen im Osten und Südosten aus der Planung herausgenommen. Dafür sind die Flurstücke 127/1, 291, 295/19 und 295/12 (tlw.) in die Planung aufgenommen worden. Hierfür liegen keine Untersuchungsergebnisse vor.

Es wäre im Zuge der zweiten Offenlage eine Aussage der Fachplanung zu ergänzen, inwieweit die nun hinzugekommen Flurstücke aus naturschutzfachlicher Sicht zu beurteilen sind.

Die im artenschutzrechtlichen Fachbeitrag beschriebenen Maßnahmen in Kapitel 6.8 sind zwingend einzuhalten und in die textliche Festsetzung zu übernehmen.

Bis zur zweiten Offenlage ist die Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung zu erstellen und den Unterlagen beizulegen.

### **Wasser- und Bodenschutz**

#### Oberflächengewässer

In Kapitel 8.2 ist beschrieben, dass die vorhandene Kläranlage zwar teilweise im amtlich festgesetzten Überschwemmungsgebiet der Aar liegt, die Erweiterungsflächen hingegen außerhalb dieses Überschwemmungsgebietes liegen sollen. Damit würde kein Retentionsraum verloren gehen.

Sollten entgegen der Aussage im Bereich des festgesetzten Überschwemmungsgebietes der Aar Maßnahmen nach § 78 Abs. 4 WHG geplant sein, sind diese mit uns abzustimmen und die entsprechende wasserrechtliche Genehmigung rechtzeitig unter Vorlage ausreichender Unterlagen zu beantragen.

Ansonsten bestehen aus Sicht des Gewässerschutzes keine weiteren Bedenken gegen die Änderung des Flächennutzungsplanes.

#### Abwasser

Der beabsichtigte Ausbau ist unseres Erachtens in der Begründung falsch beschrieben. Die Kläranlage soll nicht zu einer Anlage mit Schlammfäulung ausgebaut werden, sondern zu einer Schlammstabilisierungsanlage (Variante 1). Hierfür werden im Wesentlichen 2 neue Nachklärbecken im Westen der Kläranlage errichtet und damit die 2-Strabigkeit der gesamten Anlage realisiert. Das bisherige Nachklärbecken erhält die neue Funktion des Belebungsbeckens 2.

Wir bitten, sich diesbezüglich nochmals mit dem *Abwasserverband Oberes Aartal* in Verbindung zu setzen und die entsprechenden Textpassagen zu korrigieren bzw. auszutauschen und sprachlich korrekt zu beschreiben.

Auch sollte erwähnt werden, dass die Baumaßnahme der Verbesserung des Gewässerzustandes gemäß den Vorgaben der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie gilt, damit der Wasserkörper *Untere Aar* insgesamt statt eines mäßigen dann einen guten ökologischen Zustand vorweisen wird.

Hinsichtlich der Abwasser- und Niederschlagwasserableitung und -behandlung stimmen wir der Bauleitplanung allerdings zu.

### Bodenschutz

Bodenschutzbelange sind in der Abwägung gem. §§ 1 und 1a BauGB zu berücksichtigen. Eine detaillierte Stellungnahme erfolgt in diesem Fall durch das RP Gießen.

Ausführungen zum Bodenschutz sind in den vorliegenden Planungsunterlagen zwar enthalten. Die angekündigte Bewertung der durch die geplante Bebauung eintretenden Beeinträchtigungen der Bodenfunktionen unter Bezug auf die bereits bestehenden Beeinträchtigungen ist jedoch nicht erfolgt.

In diesem Zusammenhang verweisen wir auf die im Mai 2013 durch das Hessische Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz veröffentlichte „Arbeitshilfe zur Berücksichtigung von Bodenschutzbelangen in der Abwägung und der Umweltprüfung nach BauGB in Hessen“ und die damit bestehenden Anforderungen sowie die danach erforderlichen Angaben.

Auf die Vorgaben des § 202 im Baugesetzbuch zum besonderen Schutz des Oberbodens / Mutterbodens wird verwiesen. Geeignete Festsetzungen sind in die vorliegende Bauleitplanung aufzunehmen.

### Schädliche Bodenveränderungen

Im Fachinformationssystem FIS AG sind keine schädlichen Bodenveränderungen für die betroffenen Grundstücke eingetragen. Wir weisen jedoch darauf hin, dass möglicherweise nicht alle Bodenverunreinigungen zum jetzigen Zeitpunkt in o. g. System eingepflegt worden sind. Wir empfehlen, für weitere Auskünfte die entsprechende Kommune zu kontaktieren.

Grundsätzlich sollte bei Bodenaushubarbeiten auf Bodenveränderungen hinsichtlich Farbe und Geruch geachtet werden. Sofern diesbezügliche Auffälligkeiten vorhanden sind, ist eine Bodenuntersuchung vorzunehmen. Vorhandene Bodenkontaminationen sind der Unteren Wasser- und Bodenschutzbehörde zu melden und umgehend zu sanieren.

### Verwaltung

Im Planungsbereich konnten keine Einrichtungen festgestellt werden, die dem Vorhaben entgegenstehen. Laut unseren Unterlagen gibt es in den betroffenen Bereichen weder Brunnen noch Erdwärmesonden oder Kleinkläranlagen.

### **Fazit zur Flächennutzungsplan-Änderung „Erweiterung der Kläranlage Oberes Aartal“**

Auf Grundlage der vorgelegten Unterlagen kann zurzeit keine abschließende Aussage zur geplanten Maßnahme getroffen werden.

Erst nach Eingang der entsprechenden Unterlagen kann eine abschließende Stellungnahme in Aussicht gestellt werden.

Freundliche Grüße



Kipper  
Abteilungsleiter

Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises  
Karl-Kellner-Ring 51  
35576 Wetzlar  
Tel : 06441 407-0  
Fax: 06441 407-1051  
info@lahn-dill-kreis.de  
www.lahn-dill-kreis.de

Sparkasse Wetzlar  
IBAN: DE04 5155 0035 0000 0000 59  
BIC: HELADEF1WET

Sparkasse Dillenburg  
IBAN: DE43 5165 0045 0000 0000 83  
BIC: HELADEF1DIL

Postbank Frankfurt  
IBAN: DE65 5001 0060 0003 0516 01  
BIC: FBNKDEFF





Regierungspräsidium Gießen • Postfach 10 08 51 • 35338 Gießen

Geschäftszeichen: RPGI-31-61a0100/87-2014/18  
Dokument Nr.: 2024/1417827

Ingenieurbüro Zillinger  
Weimarer Straße 1

Bearbeiter/in: Astrid Josupeit  
Telefon: +49 641 303-2352  
Telefax: +49 641 303-2197  
E-Mail: astrid.josupeit@rpgi.hessen.de  
Ihr Zeichen: IZ-2025  
Ihre Nachricht vom: 08.08.2024

35396 Gießen

Datum 30. September 2024

**Bauleitplanung der Gemeinde Mittenaar  
hier: Bebauungsplan „Erweiterung der Kläranlage Oberes Aartal“ in der  
Gemarkung Offenbach**

**Verfahren nach § 4(2) BauGB**

**Ihr Schreiben vom 08.08.2024, hier eingegangen am 08.08.2024**

Sehr geehrte Damen und Herren,

aus Sicht der von mir zu vertretenden Belange nehme ich zur o. g. Bauleitplanung wie folgt Stellung:

**Obere Landesplanungsbehörde**

**Bearbeiterin: Frau Bernhardt, Dez. 31, Tel. 0641/303-2428**

Mit dem Vorhaben sollen durch Festsetzung von Flächen für die Abwasserbeseitigung die Voraussetzungen für die Erweiterung der Kläranlage des Abwasserverbands Oberes Aartal geschaffen werden. Der geplante Geltungsbereich ist im gültigen Regionalplan Mittelhessen (RPM) 2010 als *Vorbehaltsgebiet (VBG) für Landwirtschaft* festgelegt, vollständig überlagert durch ein *VBG für besondere Klimafunktionen*; der südliche Teilbereich (bestehendes Belebungsbecken bzw. Nachklärbecken) befindet sich innerhalb des festgestellten Überschwemmungsgebiets der Aar und ist daher als *Vorranggebiet (VRG) für vorbeugenden Hochwasserschutz* ausgewiesen. Für die Erweiterungsflächen legt der RPM 2010 zudem ein *VRG für Natur und Landschaft* fest (FFH-Gebiet „Grünlandkomplex von Herbornseelbach bis Ballersbach und Araue“).

Hausanschrift:  
35394 Gießen • Colemanstraße 5  
Postanschrift:  
35338 Gießen • Postfach 10 08 51  
Fristenbriefkasten:  
35390 Gießen • Landgraf-Philipp-Platz 1 – 7  
Telefonzentrale: 0641 303-0  
Zentrales Telefax: 0641 303-2197  
Zentrale E-Mail: poststelle@rpgi.hessen.de  
Internet: <http://www.rp-giessen.de>

Servicezeiten:  
Mo. - Do. 08:00 - 16:30 Uhr  
Freitag 08:00 - 15:00 Uhr  
oder nach Vereinbarung

Die telefonische Vereinbarung eines persönlichen Gesprächstermins wird empfohlen.

HESSEN  
  
REGIERUNGSPRÄSIDIUM  
GIESSEN

Ich verweise zunächst auf meine Stellungnahme vom 29. Februar 2024. Darin hatte ich ausgeführt, dass die vorliegenden Planunterlagen einer Überarbeitung bedürfen und daher eine abschließende raumordnerische Beurteilung noch nicht möglich war.

Mit den aktuell vorgelegten Planunterlagen wurde der Geltungsbereich des geplanten Vorhabens um 0,3 auf insgesamt rd. 1,7 ha reduziert; die Auflistung der betroffenen Belange des RPM 2010 wurde ergänzt.

Laut Umweltbericht kommt die FFH-Vorprüfung zu dem Ergebnis, dass aufgrund der bisherigen intensiven Beweidung keine Lebensraumtypen des Anhangs I der FFH-RL nachgewiesen wurden, ebenso fehlten gefährdete und/oder geschützte Pflanzenarten. Insgesamt könne somit davon ausgegangen werden, „dass keine tatsächliche Relevanz der projekt- oder planspezifisch möglichen Wirkfaktoren für Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele des FFH-Gebietes 5316-302 vorliegen“. Auch aufgrund der kleinflächigen, lediglich randlichen Beeinträchtigung des *VRG für Natur und Landschaft* kann Ziel 6.1.1.-1 des RPM 2010 daher insgesamt als nicht verletzt beurteilt werden.

Ausführungen zu den landwirtschaftlichen und den klimatischen Funktionen des Plangebiets wurden nun ergänzt, zudem wurde das Vorhaben detaillierter erläutert (etwa im Hinblick auf die notwendige Erweiterung sowie die konkrete Ausgestaltung der Kläranlage und den geplanten Bau von ergänzenden PV-Freiflächenanlagen).

Insgesamt kann das Planvorhaben nun als an die Ziele der Raumordnung angepasst beurteilt werden.

### **Grundwasser, Wasserversorgung**

**Bearbeiterin: Frau Zalzadeh, Dez. 41.1, Tel. 0641/303-4147**

Gegen das geplante Vorhaben bestehen aus Sicht der von mir zu vertretenen Belange keine Bedenken. Das Plangebiet befindet sich außerhalb eines amtlich festgesetzten Wasserschutzgebietes.

Allerdings möchte ich Sie in diesem Zusammenhang auf die Arbeitshilfe zur Berücksichtigung von wasserwirtschaftlichen Belangen in der Bauleitplanung V 1.1 vom Oktober 2023 (abrufbar über den Link: [https://rp-giessen.hessen.de/sites/rp-giessen.hessen.de/files/2023-11/231020-arbeitshilfe-wawi\\_belange\\_bauleitplanung-v1.1\\_1.pdf](https://rp-giessen.hessen.de/sites/rp-giessen.hessen.de/files/2023-11/231020-arbeitshilfe-wawi_belange_bauleitplanung-v1.1_1.pdf)) hinweisen. Ich bitte Sie diese bei zukünftigen Planungen allumfassend anzuwenden. Insbesondere bedarf es konkreter Dokumentation in Bezug auf Bedarfsermittlung, Wassersparnachweis, Deckungsnachweis etc.

### **Oberirdische Gewässer, Hochwasserschutz**

**Bearbeiter: Herr Deuster, Dez. 41.2, Tel. 0641/303-4169**

Die Fachplanung wurde geändert. Die geplanten baulichen Anlagen der Kläranlagenerweiterung liegen nunmehr außerhalb des Überschwemmungsgebiets des Gewässers Aar. Ein Retentionsraumausgleich ist somit nicht erforderlich.

Das Nachklärbecken (II) liegt nunmehr außerhalb des Gewässerrandstreifens des südlich angrenzenden Gewässers (Gemarkung Offenbach, Flur 17, Flurstück 128). Es bestehen somit keine Bedenken gegen die vorliegende Planung.

Der Starkregenhinweis wurde aufgenommen und es wurde darauf eingegangen (Seite 27 und 28 Umweltbericht).

**Kommunales Abwasser, Gewässergüte**  
**Bearbeiterin: Frau Sanow, Dez. 41.3, Tel. 0641/303-4226**

Die Zuständigkeit liegt beim Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises, Fachdienst 26.2, „Wasser- und Bodenschutz“ Wetzlar.

**Industrielles Abwasser, wassergefährdende Stoffe, Grundwasserschadensfälle, Altlasten, Bodenschutz**  
**Bearbeiterin: Frau Balk, Dez. 41.4, Tel. 0641/303-4274**

**Nachsorgender Bodenschutz:**

Die Altflächendatei ist Teil des Bodeninformationssystems nach § 7 des Hessischen Altlasten- und Bodenschutzgesetzes (HAltBodSchG). Dort sind die den Boden-schutzbehörden bekannten Informationen zu Altstandorten, Altablagerungen, altlastenverdächtigen Flächen, Altlasten, Grundwasserschadensfällen und schädlichen Bodenveränderungen hinterlegt. Die Daten sind nach § 8 Abs. 4 HAltBodSchG vor allem von den insoweit verpflichteten Kommunen zu erheben und werden, soweit bekannt, auch von den Unteren Bodenschutzbehörden (UBB), den Oberen Bodenschutzbehörden (RP) und dem Hessischen Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie (HLNUG) erfasst, gemeldet und aktualisiert.

**Für den Planungsraum liegt derzeit kein Eintrag vor.**

Da die Erfassung der Altflächen in Hessen noch nicht flächendeckend erfolgt ist, sind die Daten in der Altflächendatei ggf. nicht vollständig. Deshalb empfehle ich Ihnen, ergänzende Informationen (insbesondere Auskünfte zu Betriebsstilllegungen aus dem Gewerberegister, bisher nicht erfasste ehemalige Deponien etc.) bei der zuständigen Kommune und bei der Unteren Wasser- und Bodenschutzbehörde des jeweiligen Landkreises einzuholen.

Nach § 8 Abs. 4 HAltBodSchG sind Gemeinden und öffentlich-rechtliche Entsorgungspflichtige verpflichtet, die ihnen vorliegenden Erkenntnisse zu Altflächen dem HLNUG so zu übermitteln, dass die Daten im Bodeninformationssystem nach § 7 HAltBodSchG erfasst werden können. Über die elektronische Datenschnittstelle DATUS online steht den Kommunen FIS-AG (kommunal beschränkt) zur Verfügung. Wenden Sie sich hierzu bitte an das HLNUG oder entnehmen Sie weitere Infos sowie Installations- und Bedienungshinweise unter:

<https://www.hlnug.de/themen/altlasten/datus.html>

**Hinweis:**

Gemäß § 1 Abs. 6 Satz 2 Nr. 1 und Nr. 7 BauGB sind bei der Aufstellung von Bauleitplänen die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse und die Sicherheit der Wohn- und Arbeitsbevölkerung sowie die Belange des Bodens zu berücksichtigen. Bei der Beurteilung von Belastungen des

Bodens gilt das bauleitplanerische Vorsorgeprinzip und nicht die Schwelle der Gefahrenabwehr des Bundes-Bodenschutzgesetzes (BBodSchG). Der Träger der Bauleitplanung erzeugt mit der Ausweisung einer Fläche ein Vertrauen, dass die ausgewiesene Nutzung ohne Gefahr realisierbar ist. Geht die Stadt/Gemeinde Anhaltspunkten für Bodenbelastungen nicht nach, haben Eigentümer, Bauwillige und andere Betroffene ggf. Anspruch auf Schadensersatz.

**Vorsorgender Bodenschutz:**

**Bearbeiterin: Frau M. Wagner, Durchwahl 4277**

Zurzeit können aus Dezernat 41.4 keine Stellungnahmen abgegeben werden.

Grundsätzlich sind für Neuinanspruchnahmen von Flächen die einschlägigen Bodenschutz- und Eingriffsminderungsmaßnahmen zu beachten. Im Rahmen der Bauleitplanung sind Eingriffe in bislang natürliche Bodenprofile zu beschreiben, bodenfunktional zu bewerten und auszugleichen. Der Bodenschutz muss insbesondere bei verlorengender Evapotranspirations-Kühlleistung, Infiltrations- und Retentionsleistung mit einer sehr hohen Gewichtung in die Abwägung einfließen.

**Bergaufsicht**

**Bearbeiter: Herr Bork, Dez. 44.1, Tel. 0641/303-4511**

Der Belang „Altbergbau“ ist in der textlichen Festsetzung sowie der Begründung zum Bebauungsplan „Erweiterung der Kläranlage Oberes Aartal“ korrekt dargestellt und wird hinreichend berücksichtigt. Weitere Auflagen/Anmerkungen sind aus meiner Sicht nicht erforderlich.

**Landwirtschaft**

**Bearbeiter: Herr Brenner, Dez. 51.1, Tel. 0641/303-5126**

Bezüglich der mir vorgelegten Unterlagen werden unter Verweis auf die Stellungnahme vom 29. Februar 2024 aus Sicht des öffentlichen Belanges Landwirtschaft agrarstrukturelle Bedenken zurückgestellt.

**Obere Naturschutzbehörde**

**Bearbeiterin: Frau Wiesner, Dez. 53.1, Tel. 0641/303-5531**

Das Plangebiet liegt östlich der Ortslage Offenbach, Gemeinde Mittenaar südlich der B 255, an der K 57.

Von der Planung werden keine nach §§ 23 und 26 BNatSchG ausgewiesenen oder geplanten Schutzgebiete berührt.

**Naturschutzgebiet**

Nicht betroffen

**Landwirtschaftsschutzgebiet**

Nicht betroffen

Ich weise darauf hin, dass für weitere naturschutzrechtliche und -fachliche Belange die Zuständigkeit der unteren Naturschutzbehörde gegeben ist.

**Bauleitplanung**

**Bearbeiterin: Frau Josupeit, Dez. 31, Tel. 0641/303-2352**

Nach Überarbeitung und Ergänzung der Planunterlagen werden aus planungsrechtlicher Sicht keine weiteren Anregungen oder Bedenken vorgetragen.

Meine Dezernate **42.2** Kommunale Abfallentsorgung, Dez. **43.2** Immissionsschutz und Dez. **53.1** Obere Forstbehörde wurden von Ihnen im Verfahren nicht beteiligt.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

gez.  
Josupeit

Dieses Dokument habe ich in der Hessischen eDokumentenverwaltung (HeDok) elektronisch schlussgezeichnet.  
Es ist deshalb auch ohne meine handschriftliche Unterschrift gültig.

3

Lahn-Dill-Kreis | Postfach 19 40 | 35529 Wetzlar

Gemeinde Mittenaar  
Leipziger Str. 1  
Mittenaar  
über:  
Ingenieurbüro Zillinger  
Weimarer Str. 1  
Gießen

Der Kreisausschuss  
Abteilung Umwelt, Natur und Wasser

Abteilung 26.0 Zentralangelegenheiten

**Datum:** 30.09.2024  
**Aktenz.:** 26/2024-BE-17-004  
**Kontakt:** Herr Krell  
**Telefon:** 06441 407-1718  
**E-Mail:** frederik.krell@lahn-dill-kreis.de  
**Raum-Nr.:** D3.131  
**Standort:** Karl-Kellner-Ring 51, 35576 Wetzlar  
**Servicezeiten:**  
Mo. – Fr. 07:30 – 12:30 Uhr  
Do. 13:30 – 18:00 Uhr  
und nach Vereinbarung

B-Plan

**Vorhaben: Bauleitplanung Erweiterung der Kläranlage 'Oberes Aartal' in Mittenaar, Gemarkung Offenbach**

Sehr geehrte Damen und Herren, ,

zu den im Zusammenhang mit dem o.g. Verfahren vorgelegten Unterlagen wird im Hinblick auf die Belange unserer Abteilung Umwelt, Natur und Wasser folgende Stellungnahme abgegeben:

### **Bebauungsplan „Erweiterung der Kläranlage Oberes Aartal“**

#### **Natur- und Landschaftsschutz**

Die Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung kann in der vorgelegten Form nicht nachvollzogen werden.

Gemäß der Berechnung soll durch die Erweiterung der Kläranlage lediglich ein Defizit von 310 Biotopwertpunkten entstehen. Als Ausgleich dient laut Berechnung die Schaffung von zusätzlichen 160 m<sup>2</sup> Gebüschstreifen sowie die Umwandlung der jetzigen Intensivweide in „Naturnahe Grünlandanlage“.

Gemäß des Umweltberichtes wird der Gehölzstreifen zwischen Fläche „Kläranlage, Index 1“ und „Kläranlage Index 2“ als „Fläche mit Bindung für Bepflanzung und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen“ festgesetzt. In der Karte des Bebauungsplans ist jedoch nur der Gehölzstreifen im nördlichen Bereich zum Erhalt festgesetzt. Nicht jedoch die Hecke im Westen. Somit könnte dieser Gehölzstreifen jederzeit überbaut werden. Dies ist dringend zu ändern und der Gehölzstreifen zum Erhalt festzusetzen. Sollte der Gehölzstreifen tatsächlich wegfallen, wäre die Berechnung dahingehend anzupassen, als dass dieser nicht mehr als „Zustand nach Eingriff“ aufgeführt werden kann.

Die „naturnahe Grünlandanlage“ soll um die künftigen technischen Bauwerke sowie unter der geplanten PV-Anlage realisiert werden. Für den Bereich um die technischen Bauwerke wird dies insofern kritisch gesehen, als dass die Bauwerke betriebsbedingt genutzt werden (Wartung der Becken, Kontrollen, etc.) und somit auch regelmäßig Personal über die Flächen gehen wird. Der naturnahe Aspekt des Grünlands ist somit nicht gegeben. Hier ist ein Biotoptyp zu wählen, der eher

der tatsächlichen Nutzung entspricht, wie z.B. die Nr. 11.221 „Gärtnerisch gepflegte Anlage im besiedelten Bereich“ oder 11.224 „Intensivrasen“.

Sollte die „Naturnahe Grünlandanlage“ tatsächlich unter den PV-Anlagen etabliert werden, ist darzulegen, wie dies realisiert werden soll. Auch sollte die Fläche dann, ebenso wie der Gehölzstreifen im Bebauungsplan festgesetzt werden. Aktuell ist die Fläche im Bebauungsplan als Fläche für die Kläranlage (K2) ausgewiesen. Eine Überbauung wäre somit jederzeit möglich und der Teilausgleich somit nicht sichergestellt.

Das durch die genannten Punkte entstehende höhere Defizit könnte über das Ökokonto der Gemeinde Mittenaar ausgeglichen werden.

Abschließend ist aus naturschutzfachlicher Sicht festzustellen, dass die Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung nachgearbeitet und vor Inkrafttreten des Bebauungsplans mit der unteren Naturschutzbehörde abgestimmt werden muss.

## **Wasser- und Bodenschutz**

### Oberflächengewässer

In Kapitel 8.2 ist beschrieben, dass die vorhandene Kläranlage zwar teilweise im amtlich festgesetzten Überschwemmungsgebiet der Aar liegt. Die Erweiterungsflächen hingegen außerhalb dieses Überschwemmungsgebietes liegen sollen. Damit würde kein Retentionsraum verloren gehen.

Sollten entgegen der Aussage im Bereich des festgesetzten Überschwemmungsgebietes der Aar Maßnahmen nach § 78 Abs. 4 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) geplant sein, sind diese mit uns abzustimmen und die entsprechende wasserrechtliche Genehmigung rechtzeitig unter Vorlage ausreichender Unterlagen zu beantragen.

Des Weiteren ist zu erwähnen, dass sich gemäß den Planungsunterlagen das Nachklärbecken II, sowie umliegende Anlagenteile in der Nähe eines namenlosen Gewässers befinden. Aufgrund der Gewässernähe ist ein Gewässerrandstreifen freizuhalten. In Gewässerrandstreifen ist gemäß § 23 Abs. 2 Hessisches Wassergesetz (HWG) die Errichtung oder wesentliche Änderung von baulichen und sonstigen Anlagen, soweit sie nicht standortgebunden oder wasserwirtschaftlich erforderlich sind, verboten. Denn dieser dient der Erhaltung und Verbesserung der ökologischen Funktionen oberirdischer Gewässer, der Wasserspeicherung, der Sicherung des Wasserabflusses sowie der Vermeidung von Stoffeinträgen aus diffusen Quellen (§ 38 Abs. 1 WHG). Er beträgt im Innenbereich 5 m; 10 m im Außenbereich (§ 23 Abs. 1 HWG).

Ansonsten bestehen aus Sicht des Gewässerschutzes keine weiteren Bedenken gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes.

### Abwasser / Niederschlagswasser

In abwassertechnischer und -rechtlicher Sicht bestehen keine Bedenken gegen die Bauleitplanung.

### Schutzgebiete

Das Planungsgebiet liegt nicht in einem amtlich festgesetzten Trinkwasser- oder Heilquellenschutzgebiet. Deshalb sind keine Verbote der Schutzgebietsverordnung betroffen.

### Bodenschutz

Bodenschutzbelange sind in der Abwägung gem. §§ 1 und 1a BauGB zu berücksichtigen. Eine detaillierte Stellungnahme erfolgt in diesem Fall durch das RP Gießen.

### Schädliche Bodenveränderungen

Im Fachinformationssystem FIS AG sind keine schädlichen Bodenveränderungen für die betroffenen Grundstücke eingetragen. Wir weisen jedoch darauf hin, dass möglicherweise nicht alle Bodenverunreinigungen zum jetzigen Zeitpunkt in o. g. System eingepflegt worden sind. Eine Datenlieferung der Gemeinde Mittenaar erfolgte bisher noch nicht. Laut Antragsunterlagen sind ebenfalls keine Vorbelastungen bekannt. Wir empfehlen dennoch für ggf. aktuellere Auskünfte die entsprechende Kommune zu kontaktieren.

Der Hinweis, dass bei Bodenaushubarbeiten auf Bodenveränderungen hinsichtlich Farbe und Geruch geachtet werden sollte und dass bei Auffälligkeiten eine Bodenuntersuchung vorzunehmen wäre und eine Meldung an die Untere Wasser- und Bodenschutzbehörde und Sanierungsmaßnahmen erfolgen müssten, ist bereits Bestandteil der vorgelegten Planunterlagen.

### Verwaltung

Im Planungsbereich konnten keine Einrichtungen festgestellt werden, die dem Vorhaben entgegenstehen. Laut unseren Unterlagen gibt es in den betroffenen Bereichen weder Brunnen noch Erdwärmesonden oder (Klein-) Kläranlagen.

### **Fazit zum Bebauungsplan „Erweiterung der Kläranlage Oberes Aartal“**

Auf Grundlage der vorgelegten Unterlagen und Planungen bestehen, unter Beachtung und Umsetzung der vorstehenden Hinweise und Ausführungen, gegen das geplante Vorhaben keine Einwände.

Jedoch wird explizit auf die Stellungnahmen hinsichtlich des Natur- und Landschaftsschutzes und des Oberflächengewässers hingewiesen.